

## Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 06.09.2011

### **In der Bibliothek kann man nicht übernachten - Ausbau und Sanierung der Studierendenwohnheime jetzt anpacken - günstigen Wohnraum sichern!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Die niedersächsischen Studentenwerke erbringen wertvolle und unverzichtbare Leistungen zum Gelingen des Studiums. Sie erfüllen dabei öffentliche Aufgaben der wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Förderung der Studierenden durch das Betreiben von Gastronomieeinrichtungen, Kindertagesstätten und Wohnheimen sowie durch ein umfassendes Beratungs-, Betreuung- und Unterstützungsangebot. Die Angebote sind dabei auf studentische Belange zugeschnitten, zumeist hochschulnah und am knappen studentischen Geldbeutel orientiert.

Durch den doppelten Abiturjahrgang in Niedersachsen - und in den nächsten Jahren in weiteren Bundesländern - sowie die Aussetzung der Wehrpflicht stehen somit nicht nur die Hochschulen, sondern auch die Studentenwerke vor einer großen Herausforderung. Dabei sind insbesondere die Wohnheimplätze betroffen, weil Studienanfängerinnen und -anfänger, die für das Studium den Ort wechseln, häufig diese Wohnform wählen. Daher ist ab dem Wintersemester 2011/2012 von einem zusätzlichen Bedarf von mindestens 1 500 Wohnheimplätzen auszugehen. Die Auslastung der Wohnheime ist jedoch an den meisten Standorten in Niedersachsen an ihre Grenzen gestoßen. Hinzu kommt ein immenser Sanierungsstau, der durch den Wegfall von öffentlichen Zuschüssen herbeigeführt wurde. Insbesondere bei den Wohnheimen im Bereich der Studentenwerke Hannover, Göttingen und OstNiedersachsen, die vor 1973 gebaut wurden, besteht ein Investitionsbedarf von über 100 Mio. Euro.

So sehen sich immer mehr Studentenwerke gezwungen, die Beiträge der Studierenden kräftig zu erhöhen, um die notwendigsten Ausgaben decken zu können. In Hannover stieg der studentische Beitrag seit 2003 um über 100 %, in Göttingen und Braunschweig um bis zu 85 %. Die öffentlichen Aufgaben, die die Studentenwerke in Niedersachsen erfüllen, werden also immer mehr von privater, studentischer Hand finanziert.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. gemeinsam mit den Studentenwerken einen Masterplan Wohnheimsanierung zu erstellen mit einem konkreten Zeitplan für die Sanierung der Wohnheime und Klärung der Finanzierung;
2. unverzüglich einen Fördertopf für energetische Sanierungsmaßnahmen bereitzustellen, damit die Studentenwerke bereits kurzfristig derartige Maßnahmen zur effizienteren Ressourcennutzung und Verbesserung des Umweltschutzes angehen können;
3. den zusätzlichen langfristigen Bedarf an Wohnheimplätzen durch die Bereitstellung notwendiger finanzieller Mittel oder zinsloser Darlehen für den Neukauf bzw. -erwerb von Wohnraum zu sichern;
4. die Studentenwerke in die finanzielle Lage zu versetzen, den zusätzlichen kurzfristigen Mehrbedarf an Wohnheimplätzen, hervorgerufen durch die doppelten Abiturjahrgänge in den Bundesländern und die Aussetzung der Wehrpflicht, durch Anmietung oder Kooperationsverträge mit Wohnungsgenossenschaften decken zu können.

## Begründung

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Victor Perli (DIE LINKE) zum Zustand der Studierendenwohnheime (Drs. 16/3588) legt den enormen Handlungsbedarf bei den Studierendenwohnheimen offen. In Göttingen sind Wartezeiten auf einen Wohnheimplatz von einem Jahr der Regelfall; in Osnabrück, Hannover und Göttingen ist der Ausbau um mehrere hundert Plätze dringend geboten, fast alle älteren Wohnheime sind Sanierungsfälle. Die Studentenwerke sehen sich aber außerstande, ausreichende Rücklagen für die alten Gebäude zu bilden, weil sie dies nur über höhere/unsozialere Mieten oder Beiträge erreichen könnten. Die Rücklagen decken daher nur ein Sechstel des benötigten finanziellen Bedarfs ab. Das Land ist hierbei in der Pflicht, die Studentenwerke bei der Sanierung der Einrichtungen und einem bedarfsgerechten Angebot zu unterstützen. In dem Aktionsplan der Landesregierung zum Doppelten Abiturjahrgang 2011 hat die Landesregierung das benötigte Zusatzangebot an studentischem Wohnraum ignoriert.

Ursula Weisser-Roelle  
Parlamentarische Geschäftsführerin